

# Programme der gemäßigten französischen Rechten bei den Europawahlen 2019

(17. April 2019)

**Ausgangssituation:** Um sicherzustellen, dass die gemäßigte Rechte mit möglichst vielen Abgeordneten in der Assemblée nationale vertreten ist, haben Les Républicains (LR) bei den Parlamentswahlen 2017 eine Wahlvereinbarung mit der Zentrumsparterie Union des démocrates et indépendants (UDI) getroffen. Nach der Wahl Emmanuel Macrons bestand innerhalb der Républicains Uneinigkeit darüber, ob man mit dem neuen Präsidenten und seiner Partei La République en Marche (LREM) kooperieren sollte, durchgesetzt hat sich letztlich der Flügel von LR, der sich für eine eindeutige Opposition aussprach. Unter Führung des seit Dezember 2017 amtierenden Vorsitzenden Laurent Wauquiez hat die Partei einen nationalkonservativen Kurs eingeschlagen, prominente Politiker, die gemäßigte Positionen vertreten, wie z.B. der frühere Premierminister Alain Juppé, haben die Partei deshalb verlassen. Als Spitzenkandidat für die Europawahlen haben LR den Philosophielehrer und stellvertretenden Bürgermeister von Versailles, François-Xavier Bellamy (\* 1985) bestimmt, der sich zu einem traditionellen Katholizismus bekennt und sich, da es kein „europäisches Volk“ gebe, gegen eine vereinigte europäische Demokratie und für eine europäische Allianz der Demokratien ausspricht.

Die UDI ist wegen der programmatischen Entwicklung von LR keine neue Allianz mit ihnen eingegangen und zieht, da ihr Listenpartner der Europawahlen 2012 Mouvement démocrate (MoDem) eine gemeinsame Liste mit LREM gebildet hat, ausschließlich mit eigenen Kandidaten in den Wahlkampf.

**Gemeinsamkeiten und Unterschiede:** Am Anfang des Programms von LR steht die Forderung Europas Grenzen zu schützen und illegale Einwanderung zu bekämpfen. Dazu sollen, so lange die europäischen Außengrenzen nicht effizient geschützt werden können, Kontrollen an den Staatsgrenzen wieder eingeführt werden. Das Budget für den Schutz der EU-Grenzen soll verdreifacht werden, um aus der Luft und zu Wasser eine illegale Zuwanderung über das Mittelmeer verhindern zu können; die zusätzlichen Mittel sollen über höhere Gebühren für Visa und Aufenthaltsgenehmigungen eingenommen werden. Boote mit Migranten, die auf dem Mittelmeer aufgegriffen werden, sollen zurück an die afrikanische Küste gebracht werden, um auf diese Weise das Geschäft der Menschenhändler zu beenden. Asylanträge für EU-Länder sollen in neu einzurichtenden Zentren im Nahen Osten und am südlichen Mittelmeerrufer gestellt und bearbeitet werden; diese Forderung wird auch von der UDI erhoben. Um sich vor islamistischem Terrorismus zu schützen, fordern LR u.a. Geldzahlungen von außerhalb der EU an muslimische Organisationen strikt zu kontrollieren und, falls damit extremistische Bestrebungen unterstützt werden, sie zu unterbinden. Eine Erweiterung der EU, z.B. um weitere Balkanstaaten, lehnen LR strikt ab, die Verhandlungen mit der Türkei über einen EU-Beitritt sollten nach ihrem Willen sofort beendet werden.

Ein wichtiges Thema ist für die LR die „Europäische Zivilisation“ bzw. das Bewahren der jüdisch-christlichen Wurzeln Europas, seines griechisch-romanischen Erbes und der Errungenschaften der Aufklärung. Dazu soll u.a. eine europäische Wertecharta verabschiedet und in Straßburg ein Museum der europäischen Geschichte und Zivilisation eingerichtet werden, das Filialen in allen EU-Hauptstädten unterhalten soll.

Wie EELV und G-s treten LR für einen „grünen Protektionismus“ ein: Waren, die unter Missachtung von in der EU geltenden Sozial- und Umweltstandards produziert wurden, sollen bei der Einfuhr in die EU mit einer Steuer belegt werden, die die durch Niedriglöhne und eine umweltbelastende Produktion erzielten Preisvorteile ausgleicht. Das so eingenommene Geld soll dem europäischen Etat für Forschung und Innovation zu Gute kommen. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß der EU-Länder soll bis 2050 auf null reduziert werden, der künftige Umgang mit der Atomenergie wird dabei von LR nicht erwähnt, dafür aber verlangt, keine höheren Energiesteuern für Haushalte und Unternehmen zu erheben. Die UDI tritt für eine parallele Nutzung von erneuerbaren Energieträgern und der Atomenergie ein.

Die Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern wollen beide Parteien dahingehend ändern, dass für entsandte Arbeitskräfte Sozialabgaben in dem Land bezahlt werden, in dem sie tätig sind. LR möchten weitere Großunternehmen wie Airbus zulassen und so Konzerne schaffen, die z.B. im Energie-, Umwelt oder Verteidigungssektor führend und weltweit konkurrenzfähig sind. Gegen Entscheidungen der EU-Kommission, die dies verhindern, sollen die Staaten Widerspruch einlegen und die Kommission ggf. überstimmen können. Übereinstimmung besteht zwischen beiden Programmen auch in der Forderung, im Bereich der Verteidigung enger zusammenzuarbeiten und europäische Verteidigungsmittel aus europäischer Produktion zu beschaffen und zu vereinheitlichen. Für ein „effizientes Europa“ fordern LR gegen die Verschwendung öffentlicher Gelder innerhalb der EU-Institutionen vorzugehen, die „Norminflation“ zu stoppen und überflüssige EU-Normen abzuschaffen.

**Aussichten:** Bei den Europawahlen 2014 hat die UDI gemeinsam mit dem MoDem einen Stimmenanteil von 10 %, LR (damals noch als UMP) von 21 % erreicht, was zusammen 27 Sitzen entsprach. Laut einer am 7. April 2019 veröffentlichten Umfrage kommen LR am 26. Mai auf 13 % der abgegebenen Stimmen, die UDI auf 2 %, LR wären demnach voraussichtlich mit 11 – 13 Abgeordneten im EU-Parlament vertreten, die UDI wegen der bei den Europawahlen in Frankreich geltenden Fünf-Prozent-Hürde mit keinem.